

Kapitel VII

Welche Potenzen stecken noch im Kapitalismus?

7.1 Die neue Regulierung der Finanzmärkte

Zur Überwindung der Finanzmarktkrise, die am Anfang der Weltwirtschaftskrise stand, schlugen die G20-Staaten eine Fülle von Maßnahmen vor, von denen bisher kaum etwas realisiert ist. Zudem gibt es über einige zentrale Vorschläge einen erheblichen Dissens zwischen den USA (und Großbritannien) und den von Deutschland und Frankreich dominierten Ländern der Eurozone. Die Meinungsverschiedenheiten erstrecken sich auch auf das Grundsätzliche. Die USA stellen Volumen und Schnelligkeit der Konjunkturprogramme in den Vordergrund und kritisieren Europa und vor allem Deutschland wegen seiner geringen Anstrengungen auf diesem Gebiet. So befindet z.B. Paul Krugman: "Aus unerfindlichen Gründen scheinen deutsche Spitzenpolitiker das ungeheure Ausmaß der Krise oder die Notwendigkeit einer energischen Reaktion einfach nicht zu begreifen." (Krugman, 8)

Deutschland betont dagegen die Notwendigkeit einer strengeren Aufsicht über die Finanzmärkte. Angeblich haben sich die G20-Finanzminister und Notenbankchefs bei ihrem Gipfel im März 2009 in London auf eine solche schärfere Kontrolle der Finanzmärkte geeinigt. So sollen Ratingagenturen und "systemisch wichtige" Hedgefonds erstmals überhaupt einer direkten staatlichen Kontrolle unterworfen und internationale Großbanken nicht mehr bloß von ihren nationalen Aufsichtsämtern, sondern von einem international besetzten Aufsichtskollegium kontrolliert werden. (SZ, 16.3.2009)

Nach Angaben des 'Wall Street Journal' will die US-Regierung ihren nationalen Finanzmarkt umfassend neu regulieren. Dazu würden gehören: die Vereinheitlichung der Bankenregulierung; die zentrale Bankenaufsicht wird von der Notenbank übernommen; alle Finanzprodukte werden im Rahmen eines erweiterten "Verbraucherschutzes" überprüft; die Banken müssen ihr Eigenkapital erhöhen; ein neues "Clearing-Haus" soll den Handel mit Derivaten abwickeln. Offenbar sind die USA aber weiterhin nicht bereit, Hedgefonds strengerer Vorschriften zu unterwerfen. (SZ, 17.3.2009)

Solche und ähnliche Regulierungsmaßnahmen, inklusive der (zeitweisen) Verstaatlichung von Banken und anderen Finanzunternehmen und des Schließens der Steuer-Oasen, sind zwar Teilen der Finanzmärkte lästig, aber sie ändern nichts an dem generellen Regime des Finanzmarkt-Kapitalismus (was natürlich auch nicht in der Absicht der Akteure liegt). Sie entspre-

chen auch nicht den Forderungen der systemimmanent argumentierenden linkskeynesianischen Kritiker. Die verlangen u.a. die dauerhafte Verstaatlichung der wesentlichen Banken und die Rückführung auf ihre Grundfunktionen – Zahlungssystem, Einlagensicherung, Kreditversorgung. Sie weisen darauf hin, dass auch die herrschende Politik während der letzten Monate immer wieder die Bedeutung eines funktionierenden Finanzsystems als öffentliches Gut betont habe. Der private Sektor habe aber bewiesen, dass er nicht in der Lage ist, dieses öffentliche Gut zu liefern. Im Grundgesetz sei die Überführung in Gemeineigentum zum "Wohle der Allgemeinheit" ausdrücklich gestattet. Die notwendige Konsequenz, das öffentliche Gut Finanzsystem auch als Teil des öffentlichen Sektors zu organisieren, "ist mit der derzeitigen Wirtschafts- und Sozialordnung voll vereinbar". (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 13 f.)

Die von den politischen Eliten geplanten Strategien und die von den reformerischen Kritikern erhobenen Forderungen stehen einander prinzipiell entgegen. Der Hinweis der Reformier auf Vereinbarkeit ihrer Vorschläge mit dem Grundgesetz ist zwar richtig und wichtig, aber er wird die Gegenseite nicht zum Ein-

Vorschläge der AG Alternative Wirtschaftspolitik

.....

2. Stabilisierung der Märkte.

Gleichzeitig untersagt die Politik per Gesetz oder Verordnung Finanzpraktiken, die sich in den letzten Jahren als besonders destabilisierend erwiesen haben. Dazu gehören vor allem die Verbriefung von Krediten und der Handel mit Kreditpaketen, der übermäßige Einsatz des Kredithebels bei Unternehmensübernahmen, das spekulative Short-selling, der Vertrieb undurchsichtiger so genannter strukturierter Produkte und anderer Derivate...

3. Bankenreform

Die Bankenreform, die jetzt unverzüglich in Angriff zu nehmen ist, sollte in drei Richtungen zielen.

Erstens sollte sie die Banken wieder auf ihr Kerngeschäft zurückführen, das in der Verwaltung von Einlagen und der Vergabe von Krediten besteht. Das erfordert vor allem einen radikalen Abbau des Wertpapiergeschäfts, das sich für Banken auf die Ausgabe eigener längerfristiger Anleihen zur Refinanzierung beschränken sollte ... Das bedeutet u.a. auch, dass der in den letzten fünfzehn Jahren übermäßig aufgeblähte Bankensektor schrumpfen muss. Damit dies nicht zu Entlassungen führt, soll die Arbeitszeit der Beschäftigten verringert und die Qualität des Services verbessert werden...

lenken bewegen. Die Sozialpflichtigkeit des Kapitals und die Möglichkeit der Enteignung stehen seit 1949 im deutschen Grundgesetz, haben aber das Kapital und die politischen Eliten nicht an der Praxis eines entfesselten Marktradikalismus hindern können. Gesamtwirtschaftliche Vernunft und die Gebote der Verfassung sind auf Seiten der Reformer – durchgesetzt werden können ihre Forderungen aber nur durch den um ein Vielfaches verstärkten politischen Druck von unten. Das Geheimnis jeder transformativen Qualität von Reformen liegt in der Veränderung des Kräfteverhältnisses zu Gunsten der dem Kapital bislang unterworfenen Klassen und Gruppen.

Den großen Lobgesang auf den Kapitalismus, er sei fast unbegrenzt wandlungsfähig und auf jeden Fall die beste aller Wirtschaftsweisen, haben wir oben schon vernommen. (s.a. den Kommentar Seite 46) Inmitten eines umfassenden Systembankrotts ist dies kecke Lied natürlich dreist. Das Selbstbewusstsein der Kapital-Propagandisten rührt daher, dass zwar der Neoliberalismus mit den alten Methoden gescheitert ist, die neoliberalen Eliten aber nach wie vor ziemlich fest im Sattel sitzen. Deshalb sind jetzt neue Strategien zu erwarten, die von den alten Interessen geleitet werden.

Angesichts der anhaltenden Dominanz der alten Eliten stellt sich die Linke auf eine längere Periode tiefgreifender sozialer Kämpfe ein, deren Ausgang offen ist. "Die noch ungebrochene Vormacht neoliberaler Kräfte des Finanzmarkt-Kapitalismus blockiert grundsätzliche Alternativen. Verschiedene Ansätze werden nebeneinander stehen. Es kommt zu einer Konstellation der Offenheit und des Übergangs, die vielleicht ein Jahrzehnt dauern kann." (Institut für Gesellschaftsanalyse, a.a.O., 2). Die Krise könnte sich "als Übergangskrise zu einer neuen Periode des Kapitalismus erweisen oder auch Alternativen den Boden bereiten, die über ihn hinausweisen." (S. 9) Dies ist der Dreh- und Angelpunkt: Auch wenn die kapitalistischen Strukturen jetzt nicht mit einem revolutionären Ruck abzuschütteln und durch demokratisch-emanzipatorische zu ersetzen sind, so ist die Situation offen genug, um transformativ wirkende Reformen durchzusetzen. Eine Übersicht über die wesentlichen Konzepte in dieser Reformdebatte soll zu einem Urteil darüber führen, ob wir es eher mit Maßnahmen und Vorschlägen zu tun haben, die für eine neue Stabilität des Kapitalismus sorgen oder ob sie jene transformativische Qualität aufweisen.

7.2 Vom angebotsorientierten zum keynesianischen Neoliberalismus

Mit einer beachtlichen Schnelligkeit haben sich die Strategen des neoliberalen Modells mit seiner ausschließlichen Betonung der Angebots(=Unternehmer)seite und des angeblichen Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft auf die Seite eines Staatsinterven-

tionismus mit den höchsten staatlichen Subventionsprogrammen der Geschichte und damit auf die Seite des lange verfeimten Keynesianismus geschlagen (siehe Kasten). Nach Elmar Altvaters Urteil dient "der gegenwärtige post-neoliberale Keynesianismus in erster Linie der Legitimationsbeschaffung zur Rettung der angeschlagenen Finanzinstitutionen und Unternehmen." (Altvater, a.a.O., S. 45) Tatsächlich dient er nicht nur zur Legitimationsbeschaffung der Rettung, sondern er ist die materielle Grundlage der tatsächlichen, jedenfalls vorläufigen, Rettung dieser Unternehmen.

"Keynes ist zurück"

Unter dieser Überschrift feiert Paul Krugman, der aktuelle Nobelpreisträger für Ökonomie, die neuen staatlichen Rettungs- und Konjunkturpakete. Wenn Keynes zurück ist, was ist dann wieder da?

John Maynard Keynes widerlegte mit den Mitteln der bürgerlichen Nationalökonomie den klassischen Glaubenssatz der "Angebotstheorie", das so genannte Say'sche Theorem, dass jedes Angebot mit seiner Wertschöpfung seine Nachfrage schaffe. Im Anschluss an Say verfechten die Anhänger der Angebotstheorie (zu ihnen zählen die Neoliberalen) die Optimierung der Bedingungen für die Angebots-, d.h. die Unternehmenseite und lehnen jede Intervention des Staates kategorisch ab.

In seiner "General Theory" wies Keynes nach, dass Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage, dass Ungleichgewichte und Stagnation der Normalzustand einer kapitalistischen Wirtschaft sind, wenn man sie ausschließlich den Marktkräften überlässt. Nur mit einer Erhöhung der Nachfrage, nicht zuletzt über staatliche Eingriffe, lässt sich das Wirtschaftswachstum ankurbeln und ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herstellen. Deshalb plädiert Keynes für ein "gemischtes Wirtschaftssystem", wo der Staat durch Erhöhung oder Senkung der Staatsausgaben (z.B. für Investitionsprogramme) steuernd eingreift.

Hauptwerk: The General Theory of Employment, Interest and Money (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes); erstmals erschienen 1936.

Es wäre aber falsch, von einem prinzipiellen "Paradigmenwechsel" in der neoliberalen Strategie auszugehen. Erstens war der Staat auch in den Hoch-Zeiten der Angebotstheorie eifrig am Werk mit Interventionen zu Gunsten der Unternehmenseite. Er hat die Deregulierung der Finanzmärkte, die Rückstufung der Sozial- und Arbeitsstandards zu Lasten der Arbeitnehmer und Beschäftigungslosen, die fiskalische Umverteilung zu Gunsten der Reichen und der Unternehmen ebenso durchgesetzt wie die maximale globale "Freizügigkeit" von Kapital und Gütern. Der Staat hat immer eine prägende Rolle im Ausbeutungssystem des Neoliberalismus gespielt.

Nun wird die Taktik gewechselt. Der Keynesianismus dieser Tage ist gar kein "post-neoliberaler", er ist eher ein "neoliberaler Keynesianismus". Er wird eingesetzt,

um die Verluste im Gefolge der neoliberalen Orgie auf die Gesellschaft abzuladen. Eine Änderung der Strukturen wird nicht ins Auge gefasst. Alle staatlichen Programme beschwören vielmehr den Grundsatz, dass der Staat nicht unternehmerisch tätig werden will und soll. Bei Paul Krugman, ein scharfer Kritiker der Angebotstheorie, liest sich das so: "Die Schwachpunkte, die diese Krise ermöglicht haben, müssen unbedingt beseitigt werden, aber das hat noch Zeit. Die aktuelle und eindeutige Gefahr hat absoluten Vorrang. Auf der ganzen Welt muss zweierlei geschehen: Die Kredite müssen wieder zum Laufen gebracht werden, und die Nachfrage muss gestärkt werden." (Krugman a, 214)

Wo der Staat wirksamer und umfassender eingreift und selbst die Kontrolle von Unternehmen übernimmt, soll dies zeitlich auf die Dauer der Krise befristet sein. In den deutschen Rettungspaketen ist dies ebenso wie in den USA amtlich so festgehalten. Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Soffin) soll 2011 auslaufen – im November 2008 glaubte die deutsche Regierung, die im April 2008 übrigens öffentlich erklärt hatte, Deutschland brauche kein Konjunkturprogramm, noch an eine relativ kurze Dauer der Krise. Den Segen von Krugman haben sie, der dem neoliberalen Kapitel ausdrücklich versichert: "Das ist kein langfristiges Ziel, es geht nicht darum, die Kommandostände der Wirtschaft an sich zu reißen; sobald man es ruhigen Gewissens tun kann, sollte man die Finanzwirtschaft wieder privatisieren." (A.a.O., 217)

Der jetzige Staatsinterventionismus ist mithin im Wesentlichen auf die Rettung der "systemrelevanten" Unternehmen begrenzt und auf die Phase der Krise befristet. Der Namenspatron Keynes würde sich zu Recht verbitten, dafür in Anspruch genommen zu werden. Um so mehr, als die fiskalischen Maßnahmen das für Keynes zentrale Ziel – des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage – gerade nicht erreichen, vielmehr davon wegführen. Eine, wirtschaftstheoretisch gesprochen, heilsame Funktion der Krise wäre ein Abbau der Überakkumulation, also der Rückführung der Kapazitäten auf realistische Marktgrößen. Mit dem Schwerpunkt auf die Sicherung des bankrotten Finanzsektors und der Sanierung maroder Unternehmen sorgen die staatlichen Programme aber einerseits für eine zu niedrige Ausweitung der Nachfrage, andererseits verhindern sie den Abbau der Überkapazitäten. So wie der staatliche Interventionismus jetzt angelegt ist, sorgt er für anhaltende Überakkumulation und legt damit schon den Grund für die nächste Krise.

Noch weniger als Keynes selbst können natürlich linke Keynesianer mit dem "neoliberalen Keynesianismus" zufrieden sein. Den Links-Keynesianern geht es nicht nur um die Ausweitung der staatlichen und durch den Staat induzierten Nachfrage, sondern vor allem auch um die Qualität dieser Ausgabenprogramme und der gesamten Antikrisenpolitik: "Erstens: Aus-

weitung des sinnvollen Konsums, Zurückdrängung der Sparquote, Ausweitung öffentlicher Investitionen. Zweitens: Ausbau öffentlicher Güter und Dienstleistungen. Drittens: Arbeitszeitverkürzungen in verschiedenen Formen." (Bischof/Krüger/Zinn, 54). Solch linker Keynesianismus könnte das vom geistigen Vater Keynes ursprünglich als Klassenversöhnung angelegte Konzept sprengen, "wenn er seine Forderungen nach öffentlichen Investitionen, ökologischem Umbau und angemessen bezahlter Arbeit nicht mit einem technokratischen Appell an die gesamtwirtschaftliche Vernunft begründet, sondern an der Herausbildung einer Arbeiterbewegung mitwirkt, die solche Forderungen auch gegen den Widerstand der Herrschenden durchsetzt. Ohne Klassenkampf ist heute nicht einmal mehr Keynesianismus zu haben." (Ingo Schmidt, SoZ 2/Februar 2009).

7.3 Energie-Rohstoffe – die nächste Blase wird ausgeguckt

Die Immobilienblase war kaum geplatzt, da hatten die Anleger schon neue Felder für ihre Geldvermögen gefunden: Energie-Rohstoffe und Nahrungsmittel. Bei Rohöl lag der Preisanstieg 2000 bis 2007 im Jahresdurchschnitt bei 14 %, in den 12 Monaten bis Mai 2008 aber bei 90 %. Nahrungsmittel legten von 2000 bis 2007 jährlich um 8 % zu, von Mai 2007 bis Mai 2008 aber um 58 %. Der Mineralwirtschaftsverband MWV stellte 2008 fest, das Volumen des gehandelten Rohöls betrage inzwischen etwa das Hundertfache der tatsächlichen Ölproduktion. "Das bedeutet, dass nur ein kleiner Teil des auf dem Papier gehandelten Öls in der Praxis tatsächlich vorhanden ist. Mit dieser hohen Menge nur auf dem Papier gehandelten Rohöls rückt die Bedeutung der Fundamentaldaten des Ölmarktes, also z.B. Angebot und Nachfrage nach physischem Rohöl, bei der Ölpreisbildung immer mehr in den Hintergrund." (isw-Report 75, 15, 17)

Die "Fundamentaldaten" rückten in den Hintergrund, die Spekulation bewegte das Hundertfache der tatsächlichen Ölproduktion und sorgte so in einem Jahr für einen Preisanstieg um fast das Doppelte. Die massive Vernichtung der fiktiven Geldvermögenswerte und die Wirtschaftskrise sorgten für das jähe Ende dieser Spekulationsentwicklung, für das vorläufige Entlüften der nächsten Blase. Doch wird die Suche nach einer solchen bald wieder bei den Rohstoffländern, insbesondere bei den Energieträgern. Denn vor allem für die Industrieländer wird Erdöl und Erdgas, das Fundament ihrer Wirtschaftsapparate, zum knappen Gut.

Die G7-Staaten, die westlichen Industrieländer einschließlich Japans, stellen zwar nur 11 % der Weltbevölkerung, verbrauchen aber 42 % des Öls und 39 % des Erdgases. Sie verfügen aber nur über 3,5 % der gesicherten Weltreserven. Das globale Wettrennen um die knapper werdenden Ressourcen Erdöl und

"Ende des Kapitalismus? In Wahrheit ein neuer Anfang?"

Im Reich der Azteken stand die Welt alle zweiundfünfzig Jahre, einmal im Lauf eines Lebens, kurz vor dem Untergang. Die Sonne würde stehen bleiben, die Nacht ewig dauern, anheben würde die Herrschaft menschenfressender Dämonen.

Was Eliot Weinberger uns von dem untergegangenen Indianerreich berichtet, hat sich zur Hauptlinie der neoliberalen Apologetik in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus entfaltet. Monatelang hatte es den Propagandisten des Finanzkapitalismus die Sprache verschlagen. Ihre goldenen Tafeln vom Markt als dem großen Selbst-Regulierer, vom Höchstprofit als der Peitsche des Fortschritts lagen zertrümmert am Boden. Nun traut man sich wieder hervor. Krise? Gehört zum Menschsein. Immer wieder geht die Welt unter, in der Religion, im Theater, in den heiligen Überlieferungen. Doch das Ende ist in Wahrheit ein Anfang, die Wende zu einem besseren Morgen.

Der *Spiegel*, in seinen florierenden Zeiten ein lauter Trompeter des segensreichen Neoliberalismus, macht sich nun ans Karikieren der Krisenanalysten. Vorsichtshalber beauftragt er mit der Offensive keinen Ökonomen, sondern eine belletristische Schriftstellerin, Thea Dorn. Die zeigt, wie gut sie in den Seminaren für Germanistik und Geschichte aufgepasst hat. Der Schwanengesang, das Hohelied vom baldigen Ende der Menschheit, sei keine Erfindung unserer Tage. Von der Sintflut über den Halleschen Kometen, die Angst vor dem Atomtod, den Club of Rome, die Klimavernichtung und heute eben die Wirtschaftskrise – alles bloße Gesänge über die Reiter der Apokalypse, die aber niemals eintrete. Frau Dorn kann in den Kritikern und Warnern nur Gelichter sehen, die mit der Angst ihr Geschäft machen wollen, und in denen, die ihnen aufsitzen, Menschen mit "Lust am Untergang". Solche eigne vor allem den Deutschen, die harmlose Umweltschäden alsogleich zum "Waldsterben" dämonisierten, Opfer des Freudschen Todestribs, erfüllt vom Hölderlinschen "wunderbaren Sehnen nach dem Abgrund".

Wenn Dorn und ihre GesinnungsgenossInnen schon nicht begreifen, dass die Warnung des "Club of Rome" vor der baldigen Erschöpfung von Ressourcen und Umwelt ebenso wenig ein "Geschäft mit der Angst" war wie es die Warnungen der UN vor einer bevorstehenden Klimakatastrophe sind, dann darf man natürlich nicht überrascht sein, dass sie die Dimensionen der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht verstehen. Vielleicht sollte sich die Spiegel-Autorin mal mit Herrn Ackermann von der Deutschen Bank unterhalten, ob die Halbierung der deutschen Aktienwerte im letzten Jahr mit dem Freudschen Todestrieb zu erklären ist. Oder ob es eher damit zu tun hat, dass die ständige Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Unten nach Oben zu einer Geldbla-

se geführt hat, deren Platzen unvermeidlich war. Noch 1980 entsprach das weltweite Bruttosozialprodukt ungefähr dem Geldvermögen. 2006 übertrafen diese Finanzmittel das reale Sozialprodukt um das Vierfache. Eine Folge der ständigen Absenkung der Lohn- und der ständigen Erhöhung der Profitquote. In Deutschland zum Beispiel verringerte sich die Lohnquote in den letzten sieben Jahren von 72 auf 64 %. Hätten wir noch die selbe Verteilung von Löhnen und Profiten wie vor sieben Jahren, dann hätten die Arbeiter und Angestellten fast 150 Milliarden Euro mehr im Geldbeutel – das größte Konjunkturprogramm, das man sich vorstellen kann.

Es geht nicht um einen psychischen Todestrieb, sondern um eingebaute Vernichtungstreibsätze im System der kapitalistischen Wirtschaft. Ganz ohne Hölderlin muss man feststellen: Es wird alles noch viel schlimmer. Bisher ist wohl nicht einmal eine Billion USD an faulen Kreditverbriefungen aufgefliegen. Der weltweite Markt an solchen Verbriefungen (CDS) umfasst aber ein Volumen von 54 Billionen USD, und niemand weiß, wie viele davon "toxisch", also faul sind. Wir können selbst eine Katastrophe nicht ausschließen, deren "toxischer" Kern 50mal höher ist als die bisher hoch gegangenen Sprengsätze im Finanzmarkt. Die Verschuldung der Banken, die 1980 noch 20 % des Bruttoinlandsprodukts ausmachte, liegt heute in den USA, dem Mutterland von Kapitalismus und Krise, bei über 110 %. Wenn diese Schulden sich als "faul" erweisen, liegt das Finanzwesen des globalen Kapitalismus nicht mehr auf der Intensivstation, sondern im Leichenschauhaus.

Nun aber, sagen kluge Leute, meint "Krise" ja den Entscheidungskampf eines Organismus, aus dem dieser keineswegs als toter Verlierer hervorgehen muss, sondern als überlebender Sieger, mit neuer Kraft, neuen Potenzen. Allerdings ist nur schwer zu erkennen, wie die neuen Spezialisten am Krankenbett des Finanzkapitalismus eine solche Wende herbeiführen könnten. An die Stelle der alten Mainstream-Ökonomen, den "Neoklassikern" bzw. Neokonservativen, sind nun die Keynesianer getreten. Der neue Mainstream hat, aus dem Munde seines globalen Sprechers Paul Krugman, der im letzten Jahr krisengerecht den Nobelpreis erhielt, verkündet, bevor man an grundsätzliche Fragen des Systems herangehe, müsse zunächst die unmittelbare Gefahr des Zusammenbruchs gebannt werden. Dazu seien zwei Maßnahmen notwendig, nämlich die Kreditflüsse wieder in Gang zu bringen und die Nachfrage zu erhöhen. Dies ist nur wenig entfernt von der Schlagzeile der satirischen US-Zeitschrift "Onion": "Rezessionsgeplagte Nation verlangt neue Blase, in die investiert werden kann."

Auszug aus einem Kommentar von Conrad Schuhler, der unter dem Titel "Die Krise und die Lust am Untergang" in *Lunapark* 21 (Heft 5, Frühjahr 2009) veröffentlicht worden ist.

Erdgas wird noch schärfer werden. Dies um so mehr, als in den nächsten Jahren die Öl-Förderspitze (Peak Oil) erreicht ist. (isw-Grafik-Report 12, 28) Schlechte Voraussetzungen für den Frieden auf der Welt, aber gute Bedingungen für die Spekulanten auf der Suche nach neuen Profitanlagen im alten Stil.

Hier tut sich ein neues Anlagefeld auf, das den Vergleich mit dem US-Immobilienmarkt ohne weiteres aushält. Die Internationale Energieagentur (IEA) geht von einem Volumen in Höhe von 20 Billionen Dollar für die Erneuerung und den Ausbau der Förderanlagen, für den Bau neuer Pipelines, für Investitionen in Raffineriekapazitäten, Tanker und andere Transportmittel für möglich. (Altwater, 54)

So hoch die Preise und Spekulationsprofite auch steigen mögen, so können sie doch nicht verhindern, dass die Produktion von Öl und Gas angesichts von Peak Oil zurückgehen wird. Auch dafür hat die IEA eine für Geschäftemacher plausible Antwort: Die Atomenergie muss ausgebaut werden. Jährlich sollen 20 bis 30 neue Atommeiler ans Netz, ein Geschäft in der Größenordnung "von hunderten Milliarden US-Dollar" (a.a.O.)

Es stecken also in der Tat noch Potenzen und gewaltige Investitionsfelder im Kapitalismus. Die Frage ist, ob sich die Menschheit deren Ausbeutung zu kapitalistischen Bedingungen gefallen lassen will und ob sie die Kraft hat, die Wege in Ressourcenkriege, Umweltzerstörung und radioaktive Gefahren zu versperren.

7.4 Green New Deal – die ökologische Bedrohung als Akkumulationschance des Kapitalismus?

Nach den Untersuchungen des Weltklimarates müssten die Industrieländer ihre CO₂-Emissionen bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 reduziert haben, soll die Klimakatastrophe noch verhindert werden. (Siehe isw-Report 73, Klimakiller Konzerne) Die sich darin widerspiegelnde Bedrohung des menschlichen Lebensraums erscheint dem aufgeweckten Investor als vielversprechendes Anlagefeld. Die gesamte Wirtschaft in vier Jahrzehnten vom fossilistischen Zeitalter in eine solare, schadstoffarme und nachhaltige Energiephase zu führen, kann einen neuen Kondratieff-Zyklus bedeuten, einen langwährenden Konjunkturaufschwung, vergleichbar der Einführung des Automobils oder des Internets. Der "Green New Deal", die allgemeine Umorientierung von Investitionen in die "grüne" Richtung mittels staatlicher Großförderung entsprechender Umrüstungsprogramme ist denn auch Anliegen großer Kapitalgruppen wie Internet- und IT-Unternehmen (Google, McSpace, Microsoft), Bio- und Gentech-Unternehmen, solchen der regenerativen Energien, von Automobilkonzernen und selbst von Ölkonzernen wie BP, das sich heute "Beyond Petrol" (jenseits des Öls) nennt (Institut für Gesellschaftsanalyse, 12 f.).

Im politischen Spektrum gibt es kaum eine Gruppe, die sich nicht auch für den "Green New Deal" stark macht. Bundesumweltminister Gabriel (SPD) hat längst einen "New Deal von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung" aufgelegt, jedenfalls verbal: "Dreh- und Angelpunkt eines Modells nachhaltiger Entwicklung muss eine dritte industrielle Revolution werden, in deren Zentrum die Energie- und Ressourceneffizienz steht." (A.a.O.) Ein neu gegründeter "Arbeitskreis Nachhaltige Mobilität" beim SPD-Parteivorstand verkündete nach seiner ersten Sitzung: "Wir fordern einen Green New Deal für Deutschland – mit dem Zukunftsmarkt Nachhaltige Mobilität als Konjunkturmotor. Deutschland ist Weltmarktführer in Innovationstechnologien auch im Effizienz- und Umweltbereich ... Diese Technologien bieten riesige Chancen und Marktpotenziale." (www.spd.de/de/aktuell/pressemitteilungen/2009/01/) Auf das Problem des Klimaschutzes kommt der SPD-Arbeitskreis nur im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Wachstumschancen zu

Der New Deal von Franklin Delano Roosevelt

"New Deal" (neue Handlungsweise, neues Abkommen), ein neues Konzept der Politik, ist derzeit das Zauberwort unter denen, die auf einen Ausweg aus der Krise unter kapitalistischen Bedingungen hoffen. Der Begriff geht zurück auf das staatsinterventionistische Programm, das der 1933 gewählte US-Präsident Franklin Delano Roosevelt gegen die Folgen der damaligen Weltwirtschaftskrise in den USA in Gang setzte.

Unter anderem wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wie die Tennessee Valley Authority, die in Tennessee 20 Staudämme baute;
- Drosselung der Überproduktion in der Industrie (u.a. Arbeitszeitverkürzung, Erhöhung der Mindestlöhne) und in der Landwirtschaft (staatlich prämierte Verringerung der Anbauflächen);
- Ein freiwilliger Arbeitsdienst (Civilian Conservation Corps, CCC), der für die Aufforstung und die Bodenverbesserung eingesetzt wurde;
- Ein Steuersystem mit niedrigen Sätzen für Arme und hohen für Reiche;
- Einführung einer staatlichen Rente und einer Arbeitslosenversicherung;
- Einführung der 40-Stunden-Woche;
- Eine gesetzliche Grundlage der Arbeit der Gewerkschaften, das Streikrecht wurde gesetzlich formuliert;
- In einem gewaltigen "Konjunkturimpuls" wurden 122.000 öffentliche Gebäude, eine Million Kilometer Straßen und 77.000 Brücken gebaut.

Erst 1938 beschloss die Regierung Roosevelt ein Konjunkturprogramm, das auf einer Verschuldung der öffentlichen Haushalte beruhte. Nun erst konnte man von einer "keynesianischen Politik" Roosevelts sprechen. Der danach erst erfolgende wirtschaftliche Aufschwung der USA war aber nicht diesem Programm, sondern dem schnell herausziehenden Zweiten Weltkrieg geschuldet.

sprechen. Die Redaktion des Blogarchivs "Green New Deal" bündelt in die knappe Formel: "Investition in Grünes Wirtschaftswunder." (www.gnd-blog.utoxia.de/?p=26)

Naturgemäß ist die Grüne Partei auch mit führend in der Debatte um den grünen Kapitalismus. Sven Giegold, Gründungsmitglied von Attac und nun Kandidat der Grünen zur Wahl des Europaparlaments, hat zusammen mit u.a. dem früheren Grünen-Bundesvorsitzenden Bütikofer einen Aufruf für einen Grünen New Deal verfasst (siehe Kasten).

Für einen Grünen New Deal!

Globale Finanzkrise, drohender Klimakollaps, Energie- und Rohstoffverknappung und die Zunahme des Hungers verlangen nach einem Grünen New Deal!

Auf die Finanzkrise der 1930er Jahre reagierte der US-Präsident Roosevelt mit einem mutigen "New Deal" sozialer und wirtschaftlicher Reformen. Jetzt ist wieder die Zeit, weitreichende Veränderungen durchzusetzen.

Wir brauchen ein internationales Programm für massive Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz wie auch in die Bildung. Das schafft Millionen neuer Jobs, bekämpft den Klimawandel und mildert die Wirtschaftskrise ab.

Die Finanzmärkte müssen konsequent reguliert werden. Wir fordern die Besteuerung von Finanztransaktionen, die Schließung der Steueroasen, die Stabilisierung der Wechselkurse und die progressive Besteuerung von Kapitaleinkommen.

Damit auch die Entwicklungsländer mitziehen, brauchen wir endlich faire Regeln im Welthandel und in den internationalen Institutionen.

Die Ausgaben für Armutbekämpfung, Bildung und Gesundheit in den Entwicklungsländern müssen erhöht werden. Die Industrieländer müssen für die in den Entwicklungsländern angerichteten Klimaschäden aufkommen.

Klimaschutz und Armutbekämpfung müssen verstärkt und dürfen nicht kurzfristig und kleingeistig gegen die Bekämpfung der Finanzkrise ausgespielt werden.

Streiten wir gemeinsam für einen Grünen New Deal!

Sven Giegold, Reinhard Bütikofer, Gerhard Schlick

Ohne Frage geht es ihnen nicht um ein "grünes Wirtschaftswunder", doch schon auch um neue Profitquellen für das anlagesuchende Kapital, denn gäbe es solche nicht, wäre es unsinnig, auf die Kooperation des Kapitals zu setzen. Die im nebenstehenden Kasten dokumentierten Einwände von Passadakis/Müller gegen einen Grünen New Deal sind schlagend. Der Kapitalismus stellt als System des unaufhörlichen, vom Profitkriterium bestimmten Wachstums einen ständigen Angriff auf die Lebensgrundlagen dar. Er bleibt nach seinem Grundprinzip in ständiger Kollision mit der Biosphäre. Der grüne Kapitalismus versucht nicht, die Klimakrise zu lösen, sondern davon zu profitieren. Die Arbeiterinnen und Arbeiter werden in einem grün-kapitalistischen Projekt das

Thesen gegen den grünen Kapitalismus

Die folgenden Thesen sind eine Auswahl aus 20 Thesen, die Alexis Passadakis, Mitglied im attac-Kokreis, und Tazio Müller, Teil des Turbulence-Kollektivs, in SoZ 2/Februar 2009 veröffentlicht haben.

....

2. Neben der wirtschaftlichen und politischen Krise, ebenso wie der Energiekrise, erschüttert noch eine weitere Krise die Welt: die Biokrise, Folge einer selbstmörderischen Diskrepanz zwischen dem ökologischen Lebenshaltungssystem, das das gemeinsame menschliche Überleben sichert, und dem Bedarf des Kapitals, ständig wachsen zu müssen.

3. Diese Biokrise ist eine ungeheure Gefahr für unser gemeinsames Überleben, aber wie alle Krisen stellt sie für uns, für soziale Bewegungen, auch eine historische Chance dar: dem Kapitalismus wirklich an die Gurgel zu gehen, nämlich seinen Bedarf für unaufhörliches, zerstörerisches, wahnsinniges Wachstum.

4. Von all den Vorschlägen, welche die globalen Eliten bisher gemacht haben, gibt es nur einen, der alle diese Krisen anzugehen verspricht: der "Grüne New Deal". Dieser ist aber nicht der kuschelige "Grüne Kapitalismus 1.0" mit organischem Ackerbau und Do-it-yourself-Windrädern, sondern ein Vorschlag für eine "grüne" Phase des Kapitalismus, der Gewinne aus der allmählichen ökologischen Modernisierung bestimmter Schlüsselproduktionen (Autos, Energie usw.) zu erzielen sucht.

5. Der grüne Kapitalismus 2.0 kann die Biokrise (also die Klimakrise und andere ökologische Probleme, wie die gefährliche Vernichtung von Biodiversität) nicht lösen, sondern versucht vielmehr, davon zu profitieren. Deshalb ändert er nicht grundsätzlich den Kollisionskurs mit der Biosphäre, auf den jede marktgetriebene Wirtschaftsordnung die Menschheit bringt.

....

8. Weil Arbeiterinnen und Arbeiter weltweit ihre Macht verloren haben, höhere Löhne und Rechte am Arbeitsplatz durchzusetzen, werden in einem grün-kapitalistischen Projekt die Löhne wahrscheinlich stagnieren oder sogar sinken, um die steigenden Kosten "ökologischer Modernisierung" aufzufangen.

9. Der "grün-kapitalistische Staat" wird ein autoritärer sein. Er wird die sozialen Unruhen "managen" müssen, die angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten (Nahrung, Energie usw.) bei gleichzeitig sinkenden Löhnen zu erwarten sind, und diese Politik dabei mit der Bedrohung durch die ökologische Krise rechtfertigen.

....

14. Internationale Klimaabkommen fördern falsche Lösungen, die mehr der Energiesicherheit dienen als dem Klimawandel. Weit entfernt davon, die Krise zu lösen, schaffen Emissionshandel, Clean Development Mechanism (CDM), Joint Implementation, CO₂-Kompensation usw. einen politischen Schutzschild für die fortgesetzte Produktion von Treibhausgasen.

....

18. Als entstehende weltweite Bewegung für Klimagerechtigkeit müssen wir gegen zwei Gegner kämpfen: auf der einen Seite gegen den Klimawandel und den fossilistischen Kapitalismus, der ihn verursacht, und auf der anderen gegen einen neuen grünen Kapitalismus, der den Klimawandel nicht einschränken wird, wohl aber unsere Fähigkeit, dies zu tun.

Nachsehen haben. Ihre Löhne werden stagnieren oder sogar sinken, um die steigenden Kosten "ökologischer Modernisierung" aufzufangen. Der grün-kapitalistische Staat wird ein autoritärer sein, weil er soziale Unruhen "managen" muss, die angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten bei gleichzeitig sinkenden Löhnen zu erwarten sind. Er wird seine Repressionen mit der Bedrohung durch die ökologische Krise rechtfertigen. Deshalb, so das Fazit der beiden Aktivisten aus der Bewegung für Klimagerechtigkeit: "Als entstehende weltweite Bewegung für Klimagerechtigkeit müssen wir gegen zwei Gegner kämpfen: auf der einen Seite gegen den Klimawandel und den fossilistischen Kapitalismus, der ihn verursacht, und auf der anderen gegen einen neuen grünen Kapitalismus, der den Klimawandel nicht einschränken wird, wohl aber unsere Fähigkeit, dies zu tun."

Altvaters Resümee war noch kürzer: "Wenn man Klimapolitik mit "marktbasierten Instrumenten" den Finanzjongleuren auf globalen Finanzmärkten überlässt, kommt in ihren Kreisen Hoffnung auf. Klimapolitiker hingegen geraten bei diesen Aussichten einer finanzgetriebenen Klimapolitik in tiefe Depressionen." (Altvater, 55)

7.5 Bleibt es beim Kapitalismus, bleibt es bei seinen Widersprüchen und Krisen

Der Kapitalismus hat "Potenzen", aus seiner Krise herauszukommen. Das war bürgerlichen Theoretiker stets ebenso klar wie den marxistischen Kritikern des Systems. Für Schumpeter sind die Krisen ein "Jungbrunnen" des Kapitalismus, der durch "schöpferische Zerstörung" in den Krisen seine Basis erneuert. (Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern 1950) Auch Marx sah in den Krisen zwar Betriebsunfälle, aber keinen Totalschaden des Kapitalismus: "Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen." (Karl Marx, Das Kapital. Band III, MEW 25, S. 277)

Für den Augenblick wiederherstellen und mit dieser Wiederherstellung das Fundament legen für den Konjunkturverlauf zur nächsten Krise, die, auf höherer Stufenleiter, dann noch größere Sprengkraft und noch fatalere Folgen zeitigt. Selbst "eine Umwälzung der gesamten Produktionsstruktur, der Praxis und Kultur des Konsumismus, der Ökonomie der Autogemeinschaft, der Struktur unserer Städte und unseres gesellschaftlichen Verhältnisses zur Natur, ohne die kapitalistische Produktionsweise als solche anzutasten, reproduziert (jedoch) zugleich deren innere Widersprüche". (Institut für Gesellschaftsanalyse, 13).

Mit dem Kapitalismus bleiben uns demnach seine Widersprüche und seine diesen entsprechende Krisenhaftigkeit erhalten. Dies würde auch gelten bei einer

prinzipiellen Umwälzung in Richtung "grüner Kapitalismus". Tatsächlich aber taucht das prinzipielle Problem schon einen Schritt zuvor auf: Wie weit ist die Umwälzung der Wirtschafts- und Lebensweise zu einer humanen Ökonomie und Kultur überhaupt möglich, "ohne die kapitalistische Produktionsweise als solche anzutasten"?

Der neoliberale Keynesianismus hat keinerlei gesellschaftliche Umwälzung im Sinn, ihm geht es um die Abwälzung der Schulden des Privatbereichs auf die öffentliche Hand und um möglichst große quantitative Nachfrageimpulse. Eine qualitative Komponente besteht darin, dass der Kapitalismus seine allgemeinen Reproduktionsbedingungen, die Infrastruktur vom Umweltschutz über die Internetausstattung bis zum Bildungssystem, im wohlverstandenen Profitinteresse verbessern muss. Ihn zeichnet aus, dass er die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsweise erhalten, sanieren und wieder ankurbeln will. Eine solche Strategie ist wirtschaftlich und politisch durchaus vorstellbar. Eine konservative oder auch reaktionäre "Lösung" der Krise gehört zu den Potenzen des Kapitalismus.

Der linke Keynesianismus ist zwar auch auf die aktuelle Sanierung der "systemrelevanten" Unternehmen und der schuldenfinanzierten Nachfrageerhöhung fixiert, er plädiert aber für eine prinzipiell andere Qualität der Konjunkturprogramme. Ihm geht es in den Konzepten eines "Public New Deal" um die Rückgewinnung des Öffentlichen, einmal von den privaten Profitmaschinen, die längst große Teile von Daseinsvorsorge, Bildung, Gesundheit usw. übernommen haben, zum anderen für eine Verpflichtung dieser Sektoren an die Interessen der Öffentlichkeit, der großen Mehrheit der Bevölkerung. Also geht es auch hier letzten Endes um die Frage, ob und wie das private Kapital aus diesem Bereich vertrieben, bzw. wie seine Verfügungsmacht eingeschränkt und überwunden werden kann. Gerade diese zentrale Frage spielt in den Vorschlägen des Linkskeynesianismus aber nur eine kleine Rolle.

Dass der Energiesektor fast ideale Voraussetzungen für eine nächste Spekulationsphase erfüllt, ist nicht zu bestreiten. Hier liegt für den Kapitalismus eine Chance, nach Überwindung der schlimmsten Krisenphase wieder in das volle neoliberale Programm einzusteigen. Das Casino könnte wieder eröffnet werden, und im dem Maß, da die Masseneinkommen gedeckelt und die Massenbelastungen (u.a. Steuern) erhöht werden, werden die Geldvermögensbesitzer wieder in die Spekulation gehen "müssen". Der Weg zum nächsten großen Knall wäre nicht weit.

Der Kapitalismus hat also sehr wohl seine "immanenten" Möglichkeiten zur Überwindung der jetzigen Krise. Sie sind aber alle mit enormen materiellen, sozialen und kulturellen Kosten für die Allgemeinheit verbunden. Die eigentliche Frage kann nicht sein: Kann der Kapitalismus das, aus seiner Krise herauskommen? Die Frage muss lauten: Wollen wir das? Sind

wir bereit, die gewaltigen Kosten auf uns zu nehmen, dass das System wieder schnell in Gang kommt bis zur nächsten Krise?

Allerdings muss berücksichtigt werden, dass auch in den Reformenstrategien auf der Grundlage der alten kapitalistischen Strukturen emanzipatorisches Potenzial steckt, das auf Transformation, auf Lösungen jenseits der Kapitallogik verweist. Selbst der neoliberale Keynesianismus, die hoch bemessenen staatlichen Ausgabenpakete werfen solche Fragen auf. Über 100 Milliarden Euro für die HRE, aber die 8 Milliarden, um jedem Hartz-IV-Empfänger 100 Euro mehr im Monat zu geben, sind partout nicht aufzutreiben? Dass der Staat auch nach außen wieder entscheidende Regulationsfunktionen ausführt, lässt bei vielen die Frage aufkommen: Warum tut er das dann bloß oder überwiegend zu Gunsten der Großen, wo bleiben wir? Das Versagen des Marktes liefert eine prinzipielle Chance, vom Staat eine transformatorische Qualität,

ein Überwinden der Profitlogik als Steuerungsprinzip von Wirtschaft und Gesellschaft zu fordern. Ein staatsinterventionistischer Kapitalismus mit wohlfahrtsstaatlichen und ökologischen Elementen liefert für solche Forderungen noch mehr Ansatzpunkte.

Für alle linken reformerischen Konzepte – Green New Deal, Public New Deal – muss das Kriterium gelten, das Edward Barbier, der Autor der UNEP-Studie zum Global Green Deal, formulierte: "Die Weltwirtschaft erlebt eine massive Herzattacke Wir müssen uns darauf konzentrieren, den Patienten wiederzubeleben, aber wir müssen auch sichern, dass der Patient zukünftige Krisen vermeidet." (www.unep.org)

Eine Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsweise garantiert, dass der Patient bald die nächste Herzattacke erleiden wird.

